Erläuterungen zum Stellenplan 2006

Der Stellenplan wurde trotz Einführung eines neuen Tarifrechts zum 01. Oktober 2005 nach dem „alten" Tarifsystem abgebildet, da zum jetzigen Zeitpunkt aktuelle Muster der GemHVO nicht vorliegen. Eine Änderung der GemHVO wird aller Voraussicht nach erst Ende des Jahres 2005 erfolgen.

Der Stellenplan wurde im **Teil A (Beamte)** nicht verändert.

Der **Stellenplan** wurde im **Teil B (Angestellte)** wie folgt verändert:

Im Unterabschnitt **Hauptverwaltung** wurde die Stelle der Sachbearbeiterin im Bereich der Zentralen Gebührenkasse an die tatsächliche Situation angepasst. Zudem wurden zwei ku-Vermerke angebracht. Es handelt sich hierbei um zwei Stellen von Altersteilzeitbeschäftigten, bei denen in den Jahren 2005 bzw. 2006 die Freistellungsphase der Altersteilzeit beginnt. Über die weitere Besetzung bzw. eine Änderung des Umfangs beider Stellen wird im Jahr 2006 nach Ausscheiden der Beschäftigten in Altersteilzeit unter Berücksichtigung des Federas-Gutachtens entschieden werden.

Im Unterabschnitt **Finanzverwaltung** wurde die Stelle der zum 01. Mai 2006 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gehenden Sachbearbeiterin „Steuern" um 0,5325 Stellenanteile aufgestockt, die zu diesem Zeitpunkt mit der früheren Auszubildenden besetzt werden soll. Nach dem Gutachten der Fa. Federas sind im Bereich der Finanzverwaltung 7,73 Stellenanteile erforderlich (einschließlich 0,50 Stellen als Grundbedarf zur Einführung der NKRS für zwei Jahre). Der Stellenplan 2006 umfasst nach der Stellenaufstockung 7,4805 Stellen (einschließlich der Beamten-Stelle) und wird nach Ausscheiden einer weiteren Beschäftigten der Finanzverwaltung im Jahre 2008 an das Federas-Gutachten angepasst.

In den Unterabschnitten der **Kindergärten** wurden minimale Stellenerhöhungen/-absenkungen vorgenommen, um die Stellen an die tatsächliche Situation anzupassen. Im Unterabschnitt **Kindergarten Burgsolms** wurde eine Öffnungszeit bis 16.30 Uhr eingeplant. Aufgrund der Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder ergibt sich eine Stellenausdehnung um 0,4156 Stellenanteile.

Im Unterabschnitt **Bauverwaltung** wurde die BAT Vb-Stelle der Sachbearbeiterin „Liegenschaften" um 0,2857 Stellenanteile auf 1,0000 Stellen aufgestockt. Im Gegenzug hat die BAT VIb-Stelle des Sachbearbeiters „Liegenschaften" einen kw-Vermerk erhalten mit einem Stellenumfang von 0,75. Somit verfügt die Bauverwaltung einschließlich der Stadthallen allgemein (Hausmeister) unter Berücksichtigung des kw-Vermerks über einen Stellenumfang von 5,7175 Stellen (einschließlich der Beamten-Stelle) und entspricht somit dem Gutachten der Fa. Federas.

Der Stellenplan wurde im **Teil C (Arbeiter)** nicht verändert.

Erläuterungen zum Sammelnachweis „Personalausgaben“ 2006

Die Personalkosten wurden unter Berücksichtigung des Stellenplans errechnet.

Unterabschnitt 0200 Hauptverwaltung

Die Stelle der Sachbearbeiterin „Frauenbeauftragte/Allgemeine Verwaltung“ wurde kostenmäßig nicht eingerechnet, da die Aufgaben vorübergehend auf andere Beschäftigte verteilt wurden.

Die Kostenreduzierung im Angestelltenbereich ist zudem darauf zurückzuführen, dass zwei Altersteilzeitmaßnahmen im Jahre 2006 (31.05./30.11.) enden sowie eine Altersteilzeitmaßnahme zum 01.11.2006 beginnt.

Unterabschnitt 0300 Finanzverwaltung

Die Sachbearbeiterin „Steuern“ geht zum 01. Mai 2006 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Um das Gutachten der Fa. Federas umzusetzen, wurde die Stelle auf 100 % aufgestockt und wird voraussichtlich mit der früheren Auszubildenden besetzt. Zudem wurden von Januar bis April 2006 Personalkosten für eine befristete Beschäftigung der früheren Auszubildenden einkalkuliert, die derzeit bereits im Bereich der Finanzverwaltung eingesetzt ist.

Weiterhin entstehen Einsparungen im Angestelltenbereich durch die Beendigung von zwei Altersteilzeitmaßnahmen (30.11.2005/30.04.2006) sowie den Beginn einer Maßnahme ab 01. Januar 2006.

Unterabschnitt 0600 Einrichtungen für die gesamte Verwaltung

Im Bereich der gesamten Verwaltung wurden Kosten für die befristete Übernahme einer Auszubildenden bis zum Jahresende einkalkuliert. Die Arbeiten im Bereich des Archivs sind noch nicht abgeschlossen und wurden mit wöchentlich 12,50 Stunden für das gesamte Jahr 2006 berücksichtigt. Weiterhin wurde eine Praktikantenstelle eingerechnet.

Abschnitt 464 Kindergärten

Die Integrationsmaßnahmen in den Kindergärten wurden anhand der tatsächlichen Situation geplant.

In den Kindergärten Burgsolms, Oberndorf, Albshausen und Oberbiel wurde eine Förderung der ausländischen Kinder sowie Kindern von Aussiedlerinnen und Aussiedlern eingeplant.

Weiterhin wurde jeweils eine Praktikantenstelle in allen Kindergärten eingerechnet sowie eine Anerkennungspraktikantenstelle im Kindergarten Burgsolms.

Unterabschnitt 4641 Kindergarten Albshausen

Im Kindergarten Albshausen sind höhere Personalkosten durch die Einrichtung einer zweiten Nachmittagsgruppe angesetzt worden.

Zudem wurden die Aufgaben der Frauenbeauftragten (Unterabschnitt 0200) auf die stellvertretende Frauenbeauftragte im Kindergarten Albshausen übertragen und daher höhere Personalkosten angesetzt.

Unterabschnitt 4643 Kindergarten Burgsolms

Im Kindergarten Burgsolms wurden Personalkosten für eine erweiterte Öffnungszeit bis 16.30 Uhr eingeplant.

Weiterhin beginnt ab 01. Oktober 2006 eine Altersteilzeitmaßnahme.

Unterabschnitt 4644 Kindergarten Niederbiel

Im Kindergarten Niederbiel entstehen höhere Personalkosten, da eine Beschäftigte ab 01. Januar 2006 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit wechselt und eine Neubesetzung der Stelle zu diesem Zeitpunkt eingeplant wurde.

Die Kostenreduzierung im Arbeiterbereich ist auf eine Altersteilzeitmaßnahme ab 01. Januar 2006 zurückzuführen.

Unterabschnitt 4645 Kindergarten Oberbiel

Im Kindergarten Oberbiel wurde die Nachmittagsöffnung bis 15.00 Uhr einkalkuliert sowie die zusätzlichen Personalkosten für die Stelle einer Hilfskraft mit 20,0 Stunden/Woche (Betreuung von 2-jährigen im Kindergarten) berücksichtigt.

Unterabschnitt 4646 Kindergarten Oberndorf

Im Kindergarten Oberndorf wurde die Neubesetzung einer Altersteilzeitmaßnahme ab 01. Januar 2006 einkalkuliert. Eine Altersteilzeitmaßnahme endete am 31.12.2005.

Unterabschnitt 5700 Schwimmbad

Im Bereich des Schwimmbades wurde die befristete Übernahme einer Auszubildenden bis 31. Oktober 2006 einkalkuliert. Zudem entstehen höhere Personalkosten, da im Jahr 2005 ein zusätzlicher Auszubildender eingestellt wurde.

Einem Schwimmmeister wurde die Teilzeitarbeit mit 20,0 Stunden/Woche auch für das Jahr 2006 genehmigt. Dies wurde bei der Personalkostenplanung berücksichtigt.

Unterabschnitt 6000 Bauverwaltung

Die Sachbearbeiterin „Liegenschaften" geht zum 01. August 2006 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. In diesem Zusammenhang wird das Gutachten der Fa. Federas im Bereich der Bauverwaltung umgesetzt und die Stelle zum Teil nicht wiederbesetzt. Die Aufgaben werden auf die übrigen Mitarbeiter der Bauverwaltung verteilt (siehe Bemerkungen zum Stellenplan).

Zwei Altersteilzeitmaßnahme enden im Jahre 2006 (31.01./30.06.)

Unterabschnitt 7700 Bauhof

Im Bereich des Bauhofs entstehen höhere Personalkosten, da ein Beschäftigter ab 16. Mai 2006 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit wechselt und eine Neubesetzung der Stelle zu diesem Zeitpunkt eingeplant wurde.

Außerhalb des Stellenplans sind vier Saisonarbeiterinnen mit 22,50 Wochenstunden für 7 Monate berücksichtigt worden.

Sonstige Bemerkungen

Die Personalkosten wurden nach dem „alten" Tarifsystem berechnet, da zum Zeitpunkt der Personalkostenplanung die Überleitung der Beschäftigten in das neue Tarifsystem noch nicht abgeschlossen und eine Planung nach dem TVöD aus programmtechnischen Gründen nicht möglich war. Somit kann die Höhe der Personalkosten mit minimalen Unsicherheiten behaftet sein, die im Rahmen des Nachtragshaushaltsplans des Jahres 2006 bereinigt werden.

Die Altersteilzeitmaßnahmen sind in einer Aufstellung beim jeweiligen Teil des Stellenplans zu ersehen.

In einigen Unterabschnitten sind Aushilfskräfte eingeplant worden.

Für das Jahr 2006 ist für die Bedienstetengruppe der Angestellten und Arbeiter eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro bei Vollbeschäftigung eingeplant worden. Eine Besoldungserhöhung der Beamten ist nicht berücksichtigt worden.

Die Umlage der Kommunalbeamten-Versorgungskasse Nassau wurde mit 34,50 % errechnet. Die Versorgungsrücklage der aktiven Beamten wurde mit 0,60 % eingerechnet; die der Versorgungsempfänger mit 1,426 %.

Eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge wurde nicht berücksichtigt.

Die Höhe der Umlage zur Zusatzversorgungskasse (6,20 %) sowie des Sanierungsgeldes (1,40 %) ist unverändert geblieben.